



Europa aus Sicht von Kommunalpolitikern

September 2010

Update (15.11.11)

Diplom-Sozialwissenschaftler

Markus Tausendpfund

Universität Mannheim

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

Telefon 0621/181-2806

Markus.Tausendpfund@mzes.uni-mannheim.de

A 5, 6

68131 Mannheim

Einleitung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in einer südhessischen Kleinstadt im Frühjahr 2010: Die Mitglieder des Gremiums stimmen der europaweiten Ausschreibung der Architekturleistung der Rathaussanierung zu. Anschließend diskutieren die Kommunalpolitiker¹ die Richtlinien zum Förderprogramm „Lokale Ökonomie“, das mit Mitteln der Europäischen Union ausgestattet ist. Am Ende der Sitzung beschäftigen sich die Ausschussmitglieder mit Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz und befürworten den Beitritt der Stadt zum Konvent der Bürgermeister. Dabei handelt es sich um eine Initiative der Europäischen Union mit der insbesondere die Bedeutung der Kommunen für den Klimaschutz hervorgehoben werden soll. Die Beispiele zeigen: Gemeinden sind in vielfältiger Weise durch die Europäische Union betroffen.

Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Europäischen Union wird zweifellos von internationalen und nationalen Akteuren dominiert, der Integrationsprozess stellt aber gerade die unterste politische Ebene vor weitreichende Herausforderungen. So hat das Gemeinschaftsrecht konkrete Auswirkungen auf die lokale Wirtschaftsförderung und öffentliche Auftragsvergabe, mit dem Maastrichter Vertrag haben alle EU-Bürger das aktive und passive Wahlrecht auf lokaler Ebene erhalten, und durch verschiedene Strukturförderprogramme können Gemeinden europäische Finanzmittel erhalten.²

Die Rolle der kommunalen Ebene im europäischen Integrationsprozess wird in der politischen Diskussion und der politikwissenschaftlichen Forschung bislang allerdings nur wenig berücksichtigt. Dabei dominieren Betrachtungen der Verwaltungsebene, Informationen zur Wahrnehmung und Bewertung der EU durch Kommunalpolitiker fehlen vollständig. Wie beurteilen diese den Einfluss der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum vor Ort? Hat dieser Einfluss in den vergangenen Jahren zu- oder abgenommen? Haben die Gemeinden Vorteile durch die EU? Begegnen die Kommunalpolitiker dem europäischen Integrationsprozess mit Skepsis oder mit Wohlwollen?

Diese Fragen sind Bestandteil einer Kommunalpolitikerbefragung in 28 hessischen Gemeinden, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Europa im Kontext“ unter Leitung von Prof. Dr. Jan W. van Deth durchgeführt wurde.³ Die Antworten auf diese Fragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Kurzberichts.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird die männliche Schreibweise verwendet. Selbstverständlich schließen alle Informationen Frauen und Männer gleichermaßen ein.

² Einen Überblick über den Einfluss der Europäischen Union auf die Kommune bietet die Monographie von Claudia Münch (2006) „Emanzipation der lokalen Ebene? Kommunen auf dem Weg nach Europa“, erschienen im VS Verlag für Sozialwissenschaften. Außerdem sei auf den Sammelband von Ulrich von Alemann und Claudia Münch „Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union“ verwiesen, der ebenfalls 2006 im VS Verlag für Sozialwissenschaften erschienen ist. Eine gelungene Darstellung bietet auch der Beitrag von Angelika Vetter und Gábor Soós „Kommunen in der EU“, der im Sammelband „Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt“ von Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp (2008) enthalten ist (VS Verlag für Sozialwissenschaften).

³ Das Forschungsprojekt „Europa im Kontext“ untersucht, welche Faktoren die Wahrnehmung und Bewertung der Europäischen Union beeinflussen. Es ist am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim angesiedelt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fördert das Projekt bis 2011. Weitere Informationen zum Projekt sind auf der Homepage unter www.europa-im-kontext.de zu finden.

Befragung von Kommunalpolitikern

Die Grundgesamtheit der Kommunalpolitikerbefragung bildeten die gewählten Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Mandatsträger im Gemeindevorstand in 28 hessischen Gemeinden.⁴ Die Befragung selbst war als Internet- bzw. als postalische Erhebung konzipiert. Das heißt, die Kommunalpolitiker konnten über das Internet teilnehmen oder erhielten auf Wunsch einen schriftlichen Fragebogen. Die Erhebung fand von Juni bis Oktober 2009 statt.⁵ Von insgesamt 1346 Kommunalpolitikern haben sich 720 Personen an der Befragung beteiligt (53,5 Prozent). Tabelle 1 informiert über die ausgewählten Gemeinden und deren Einwohnerzahl, die Anzahl der Kommunalpolitiker sowie die Teilnahme nach Befragungsmodi und gesamt.

Tabelle 1: Teilnahme der Kommunalpolitiker in den einzelnen Gemeinden

Name der Gemeinde	Einwohner zum 31.12.2008	Anzahl der Politiker	Teilnahme online	Teilnahme postalisch	Teilnahme gesamt	Teilnahme in Prozent
Alsfeld	17.002	46	17	6	23	50,0
Bickenbach	5.409	32	17	6	23	71,9
Biedenkopf	13.361	47	23	4	27	57,4
Bruchköbel	20.621	46	23	4	27	58,7
Büttelborn	13.329	43	25	2	27	62,8
Eppstein ^a	13.271	47	26	3	29	61,7
Erzhausen	7.370	33	14	3	17	51,5
Felsberg	10.792	52	14	4	18	34,6
Frankenberg	18.951	38	13	7	20	52,6
Frielendorf	7.868	44	21	4	25	56,8
Gelnhausen	21.511	51	33	7	40	78,4
Guxhagen	5.307	42	19	6	25	59,5
Helsa	5.662	40	15	5	20	50,0
Heuchelheim	7.687	41	19	9	28	68,3
Hüttenberg	10.673	40	20	6	26	65,0
Kassel ^b	194.168	88	26	4	30	34,1
Kelkheim	27.306	58	19	12	31	53,4
Limburg	33.504	58	24	9	33	56,9
Petersberg	14.697	44	19	4	23	52,3
Ranstadt	4.933	36	13	1	14	38,9
Reinheim	17.090	45	18	5	23	51,1
Reiskirchen	10.626	48	17	7	24	50,0
Rüdesheim	9.671	44	11	4	15	34,1
Selters	8.212	40	15	12	27	67,5
Viernheim	32.502	58	29	7	36	62,1
Wiesbaden	276.742	101	32	12	44	43,6
Witzenhausen	15.549	46	19	4	23	50,0
Wolfhagen	12.937	38	17	5	22	57,9
Gesamt	836.751	1346	558	162	720	53,5

Anmerkungen: a) Zum Zeitpunkt der Feldphase gab es in Eppstein keinen Bürgermeister, daher reduziert sich die Grundgesamtheit auf 47 Personen. b) Ein Kommunalpolitiker in Kassel hat während der Feldzeit das Mandat zurückgegeben. Dadurch verringert sich die Grundgesamtheit auf 88 Personen. Die Angaben zur Einwohnerzahl zum 31.12.2008 sind der Gemeindestatistik des Statistischen Landesamts entnommen.

⁴ Alle Gemeinden in Hessen haben zwei gleichartige Organe: die Gemeindevertretung, in Städten Stadtverordnetenversammlung genannt, und den Gemeindevorstand, in Städten Magistrat genannt. Die Gemeindevertretung ist das oberste Organ einer Gemeinde. Sie entscheidet über alle wichtigen Angelegenheiten. Dem Gemeindevorstand obliegt die laufende Verwaltung. Mit diesen beiden Gremien wurden die wesentlichen politischen Organe einer Gemeinde berücksichtigt; insbesondere konnten auch die hauptamtlichen Kommunalpolitiker (Bürgermeister, Erster Stadtrat) an der Befragung teilnehmen, die zwar Mitglied des Gemeindevorstands sind, nicht aber der Gemeindevertretung angehören.

⁵ Ausführlichere Informationen zur Organisation der Kommunalpolitikerbefragung sind auf Wunsch beim Autor verfügbar.

Hat der Einfluss der Europäischen Union auf Gemeinden zugenommen?

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union. Damit begann eine intensive Phase der Vertiefung der Europäischen Integration, die sämtliche Politik- und Verwaltungsebenen erreicht. Bei der Erhebung wurde gefragt, ob der Einfluss der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik in den vergangenen fünf Jahren zu- oder abgenommen hat. Wie Tabelle 2 zeigt, sehen knapp 48 Prozent der befragten Kommunalpolitiker eine Zunahme des Einflusses der EU auf den lokalen Gestaltungsspielraum in den vergangenen fünf Jahren. Lediglich eine Minderheit (neun Prozent) ist der Ansicht, dass der Einfluss abgenommen hat. Für 37 Prozent der Befragten hat sich die Einflussstärke nicht verändert.

Tabelle 2: Veränderung des Einflusses der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik in den vergangenen fünf Jahren

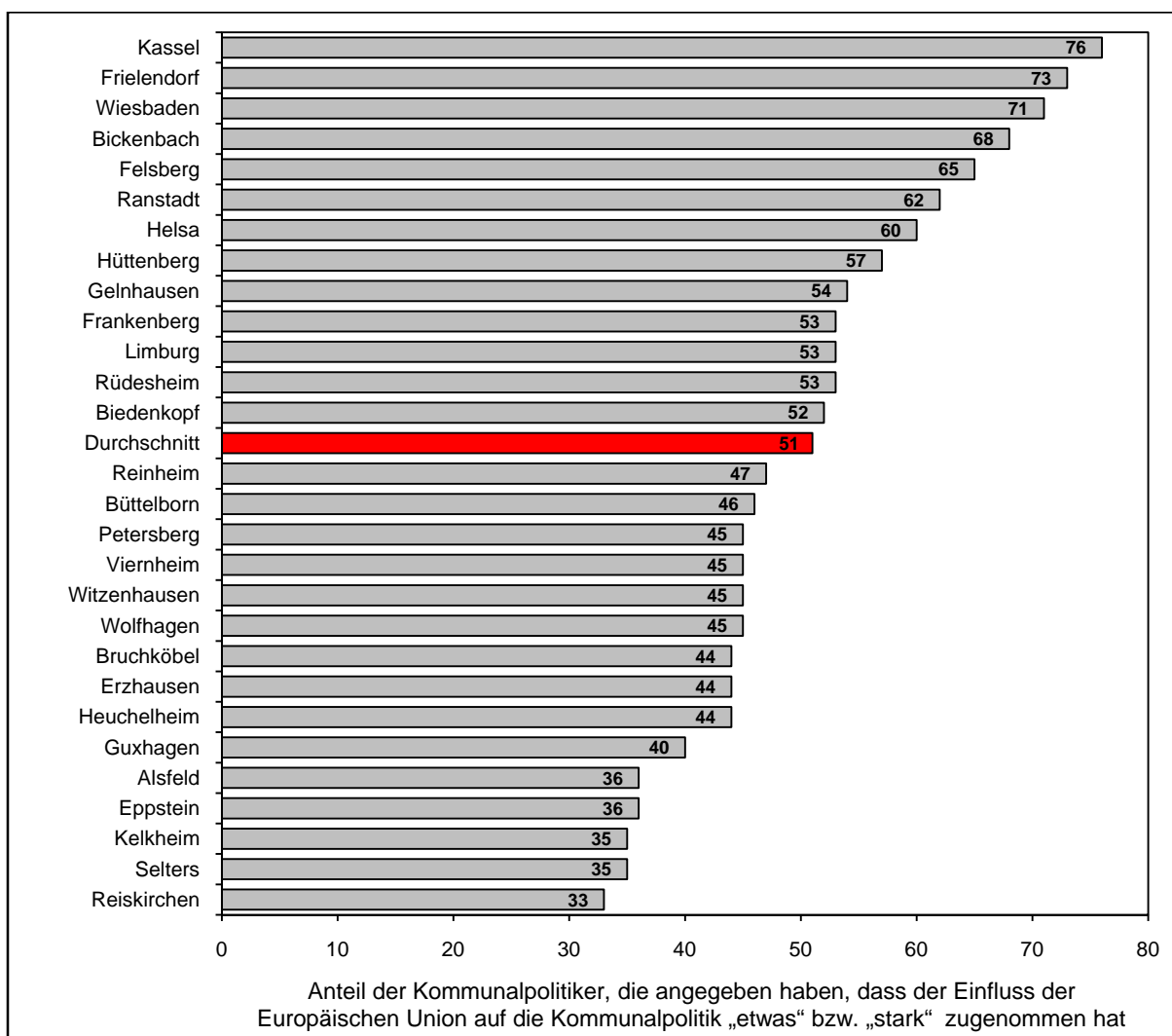
	absolute Häufigkeiten	in Prozent
stark abgenommen	28	3,9
etwas abgenommen	38	5,3
nicht verändert	266	36,9
etwas zugenommen	231	32,1
stark zugenommen	112	15,6
weiß nicht	43	6,0
keine Angabe	2	0,3

Abbildung 1 ist zu entnehmen, dass die Zunahme des Einflusses der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik je nach Gemeinde sehr unterschiedlich bewertet wird. In Kassel, Wiesbaden und Frielendorf sind 70 Prozent der Mandatsträger der Ansicht, dass der Einfluss „etwas“ bzw. „stark“ zugenommen hat. Dagegen sind es in Reiskirchen, Kelkheim, Selters, Alsfeld und Eppstein jeweils weniger als 40 Prozent der Befragten. Über alle 28 Gemeinden liegt der Durchschnitt bei 51 Prozent. 13 Gemeinden liegen dabei über diesem Wert, 15 Kommunen unter diesem Wert.

Die wahrgenommene Einflusszunahme wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Eine mögliche Bestimmungsgröße ist die Einwohnerzahl. Die Annahme „Je größer die Stadt, desto größer die Einflusszunahme“ findet allerdings keine Bestätigung. Setzt man die Einwohnerzahl der Gemeinden mit der wahrgenommenen Einflusszunahme der EU in Beziehung, so zeigt sich auf den ersten Blick ein positiver Zusammenhang ($r=+0,48$).⁶ Allerdings wird dieses Ergebnis erheblich von den beiden Großstädten beeinflusst. Werden diese bei der Betrachtung nicht berücksichtigt, dann findet sich eine negative Beziehung ($r=-0,24$). Die Relation zwischen Einwohnerzahl und wahrgenommener Einflusszunahme lässt sich am ehesten als U-förmiger Zusammenhang beschreiben. Insbesondere in kleineren Gemeinden und in Großstädten wird eine Einflusszunahme der europäischen Ebene auf den politischen Gestaltungsspielraum vor Ort wahrgenommen.

⁶ Um die Stärke des Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen zu quantifizieren, wird in der Statistik üblicherweise der Korrelationskoeffizient Pearson's r herangezogen. Er variiert zwischen +1 und -1; ein Wert von 0 bedeutet kein Zusammenhang.

Abbildung 1: Zunahme des Einflusses der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik (Angaben in Prozent)



Wie groß ist der Einfluss der Europäischen Union auf die Kommunalpolitik?

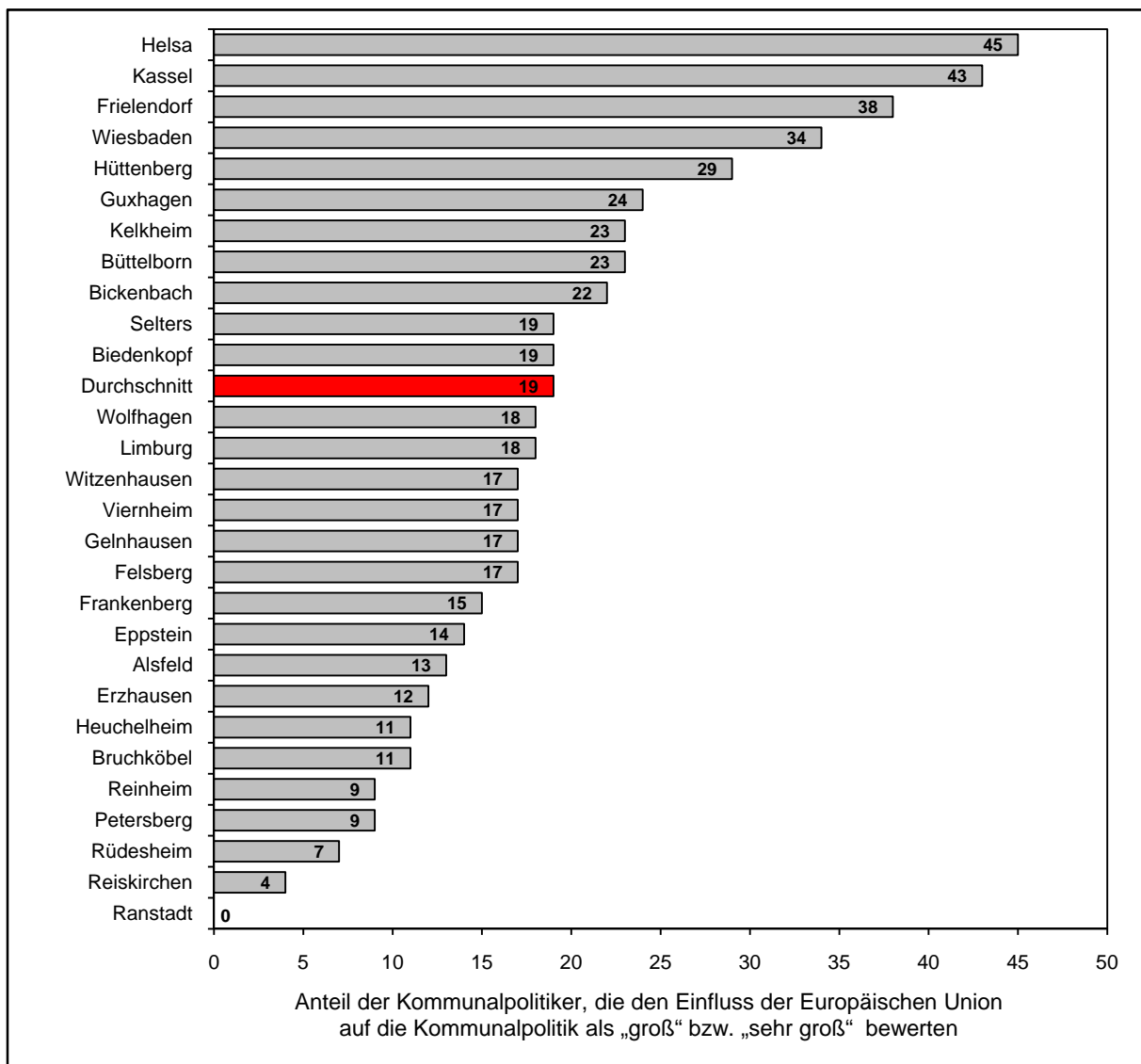
Die Mehrheit der befragten Kommunalpolitiker sieht eine Zunahme des Einflusses der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum der lokalen Politik. Wie stark ist aber dieser Einfluss? Tabelle 3 zeigt, dass mehr als 50 Prozent der Befragten keinen bzw. nur einen geringen Einfluss der EU auf die lokale Politik sehen. Lediglich 20 Prozent der Mandatsträger sind der Ansicht, dass die EU einen großen bzw. einen sehr großen Einfluss ausübt.

Tabelle 3: Einfluss der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik

	absolute Häufigkeiten	in Prozent
kein Einfluss	133	18,5
wenig Einfluss	232	32,2
mittelmäßiger Einfluss	208	28,9
großer Einfluss	117	16,3
sehr großer Einfluss	24	3,3
weiß nicht	6	0,8

Abbildung 2 fasst die Anteile der Politiker je Gemeinde zusammen, die einen „großen“ bzw. „sehr großen“ Einfluss der EU auf die Kommunalpolitik sehen. Dabei zeigen sich erneut erhebliche Unterschiede zwischen den Kommunen. In Helsa und Kassel liegt der Anteil bei über 40 Prozent; in Ranstadt dagegen bei 0 Prozent. Der Mittelwert aller Gemeinden liegt bei 19 Prozent – 17 Gemeinden liegen unter diesem Wert, neun Kommunen über dem Gesamtdurchschnitt. Die Ergebnisse in Selters und Biedenkopf entsprechen dem Gesamtdurchschnitt aller Gemeinden.

Abbildung 2: Einfluss der Europäischen Union auf den Gestaltungsspielraum der Kommunalpolitik (Angaben in Prozent)



Zwischen Stadtgröße und Einflussstärke findet sich erneut ein U-förmiger Zusammenhang. Über alle Gemeinden lässt sich eine positive Beziehung belegen ($r=+0,47$). Bei einer ausschließlichen Betrachtung der Gemeinden bis 35.000 Einwohner findet sich dagegen eine schwache negative Relation ($r=-0,10$). Die Ergebnisse lassen damit den Schluss zu, dass die wahrgenommene Einflussstärke sehr stark von lokalen Besonderheiten abhängt.

Hat die Gemeinde durch die Europäische Union Vorteile?

Durch verschiedene Förderprogramme (EFRE, ESF, EGFL) können Kommunen direkte Vorteile durch die Europäische Union haben. Die Kommunalpolitiker wurden deshalb auch gefragt, ob ihre Gemeinde Vor- oder Nachteile durch die EU hat. Tabelle 4 zeigt, dass über 40 Prozent der Kommunalpolitiker eine ausgeglichene Bilanz sehen. Bei knapp 37 Prozent überwiegen die Vorteile, bei 16 Prozent die Nachteile. Immerhin sechs Prozent der Politiker konnten diese Frage nicht beantworten.

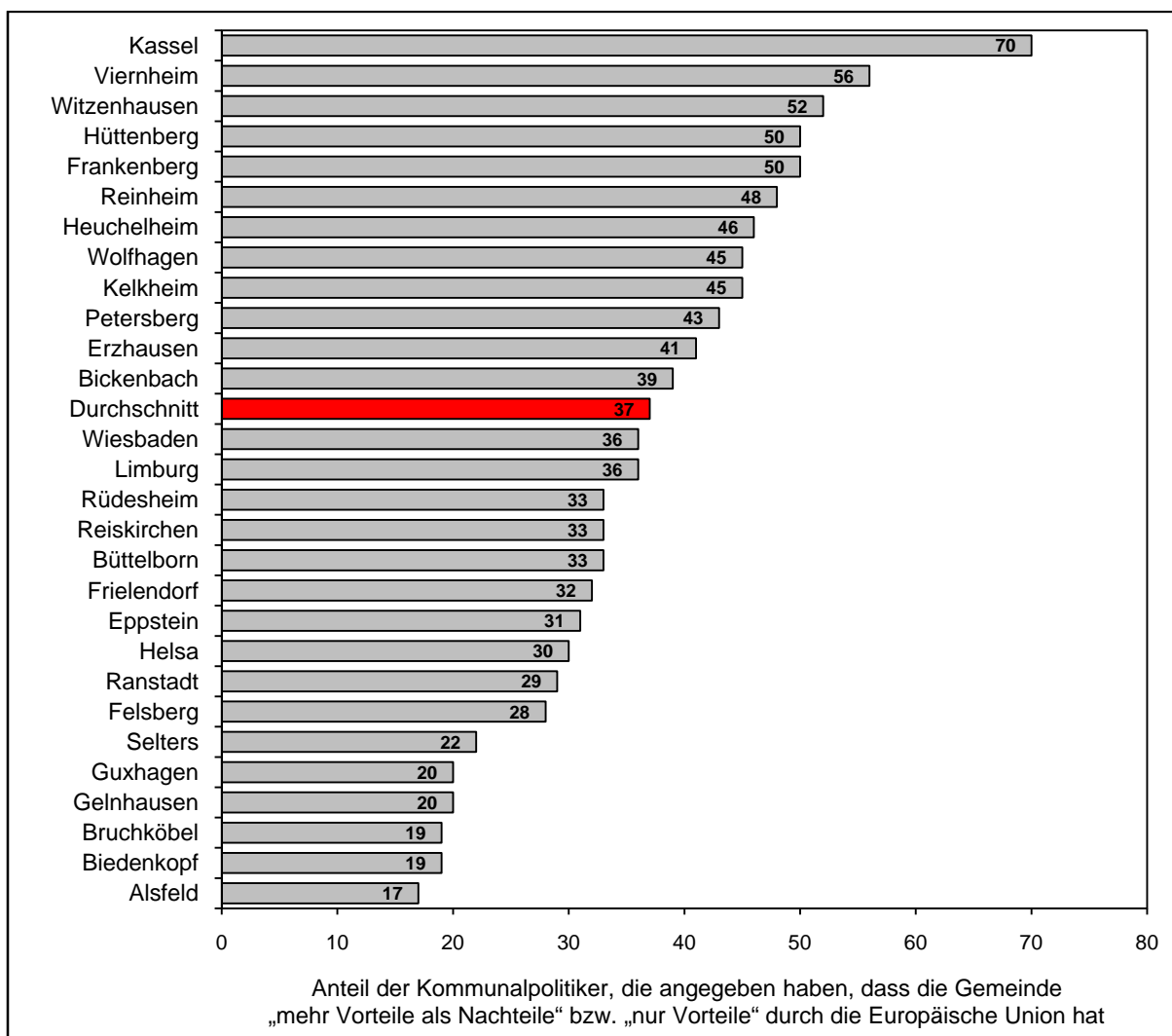
Tabelle 4: Vor- und Nachteile für die Gemeinde durch die Europäische Union

	absolute Häufigkeiten	in Prozent
nur Nachteile	7	1,0
mehr Nachteile als Vorteile	107	14,9
Vor- und Nachteile gleichermaßen	297	41,3
mehr Vorteile als Nachteile	239	33,2
nur Vorteile	26	3,6
weiß nicht	43	6,0
keine Angabe	1	0,1

Abbildung 3 präsentiert eine Übersicht der Gemeinden. Lediglich in fünf der 28 Kommunen sieht eine Mehrheit der Kommunalpolitiker „mehr Vorteile als Nachteile“ bzw. „nur Vorteile“ für die Gemeinde durch die Europäische Union. Besonders ausgeprägt ist diese Sichtweise in der Stadt Kassel.

Der Durchschnitt über alle 28 Gemeinden liegt bei 37 Prozent. Zwölf Kommunen liegen über diesem Wert, 16 Gemeinden darunter. Weniger als ein Fünftel der Kommunalpolitiker in Bruchköbel, Biedenkopf und Alsfeld sehen „mehr Vorteile als Nachteile“ bzw. „nur Vorteile“ für ihre Gemeinde durch die EU.

Zwischen der Einwohnerzahl und den wahrgenommenen Vorteilen lässt sich eine lineare Beziehung feststellen. Über alle Gemeinden liegt dieser Zusammenhang bei $r=+0,31$, bei einer Betrachtung ohne die beiden Großstädte ist diese Beziehung mit $r=+0,24$ allerdings etwas schwächer.

Abbildung 3: Vorteile der Gemeinde durch die Europäische Union (Angaben in Prozent)

Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union

Auf lokaler Ebene sind Politiker meist ehrenamtlich aktiv. Sie nehmen in ihrer Freizeit an Parlamentssitzungen teil, suchen nach Lösungen für kommunale Probleme und sind Gesprächspartner für Bürger. Wie zufrieden sind diese Kommunalpolitiker mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union? Als Antwort auf diese Frage konnten die Befragten eine Zahl zwischen 0 („überhaupt nicht zufrieden“) und 10 („sehr zufrieden“) wählen. Mit den Zahlen dazwischen konnten sie ihre Meinung abstufen.

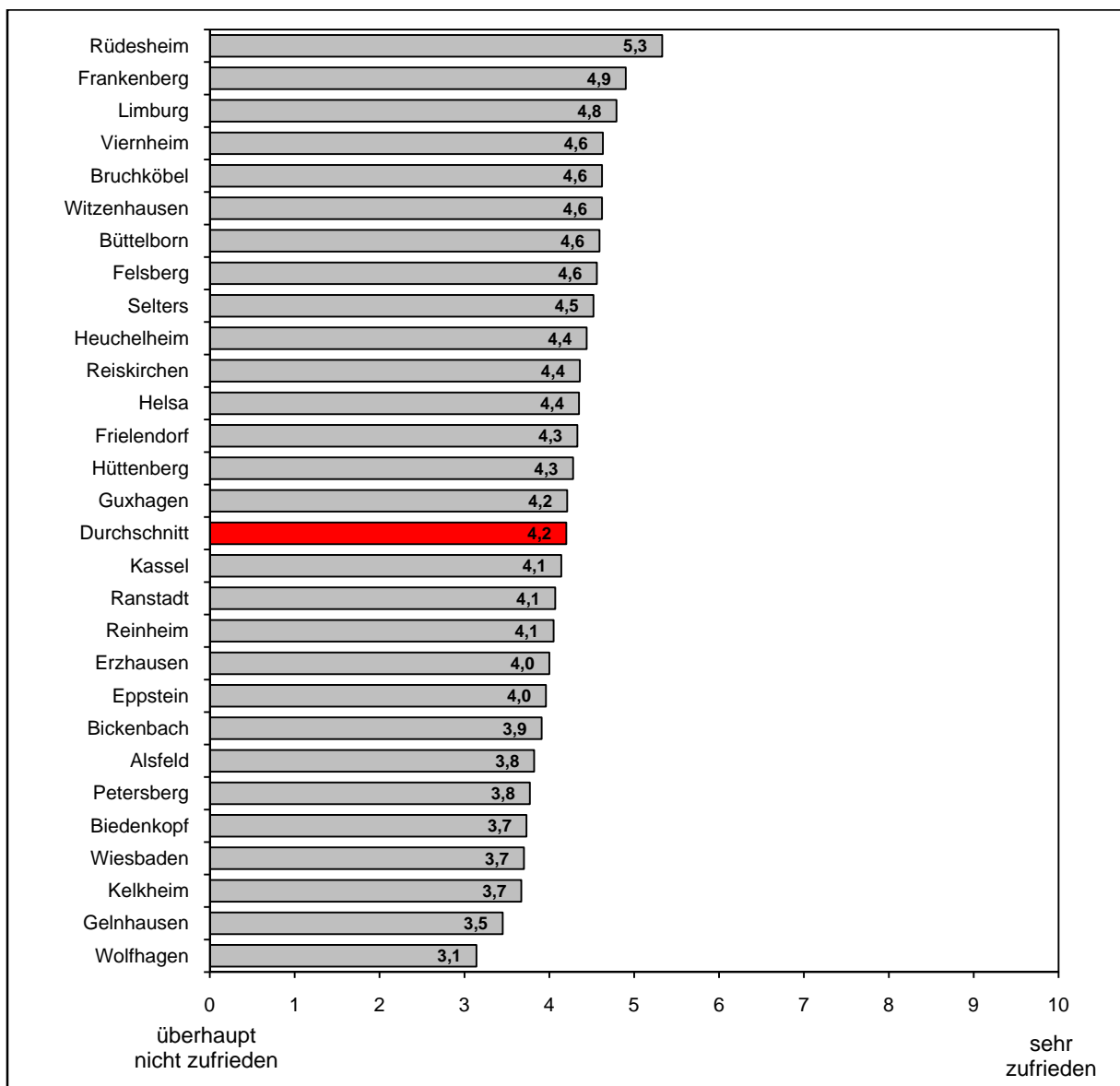
Tabelle 5 zeigt die Verteilung der Antworten, bei der eindeutig eine negative Bewertung überwiegt. Lediglich sieben Prozent der befragten Kommunalpolitiker haben auf die Frage mit einem Wert zwischen 8 und 10 geantwortet, dagegen haben 24 Prozent der Mandatsträger eine Zahl zwischen 0 und 2 als Antwort gegeben. Die Kommunalpolitiker sind mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU unzufrieden. Der Mittelwert (ohne „weiß nicht“) liegt mit 4,2 im negativen Bereich der Skala.

**Tabelle 5: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union
(Angaben in Prozent)**

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	w.n.
	8,6	4,0	11,0	14,6	13,6	17,9	12,1	8,5	4,2	1,3	1,7	2,6

Anmerkungen: 0 = „überhaupt nicht zufrieden“, 10 = „sehr zufrieden“. Mit den Zahlen dazwischen konnten die Befragten ihre Meinung abstufen. w.n. = „weiß nicht“. Fallzahl: 720.

Abbildung 4 schlüsselt diese Mittelwerte für die einzelnen Gemeinden auf. Mit einem Mittelwert von 5,3 sind die Kommunalpolitiker in Rüdesheim mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union am zufriedensten. Einzig in Rüdesheim liegt der Wert im „positiven“ Bereich der Skala. Am schlechtesten fällt das Urteil in Wolfhagen aus – der Mittelwert liegt bei 3,1. Über alle 28 Gemeinden liegt der Durchschnittswert bei 4,2. 14 Gemeinden liegen über diesem Wert, 13 Kommunen darunter.

**Abbildung 4: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union
(Mittelwerte)**

Bei Gemeinden bis 35.000 Einwohner findet sich kein Zusammenhang zwischen Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU und der Stadtgröße. Die negative Beziehung ($r=-0,19$) über alle Gemeinden wird durch die beiden Großstädte verursacht, in denen die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Bedauern, falls die Europäische Union scheitern sollte

Die Mehrheit der befragten Kommunalpolitiker ist mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union nicht zufrieden. Ein Scheitern der Europäischen Union würden allerdings knapp 80 Prozent der Befragten „ziemlich“ bzw. „sehr bedauern“. Tabelle 6 stellt die Ergebnisse der entsprechenden Frage in den einzelnen Kategorien dar.

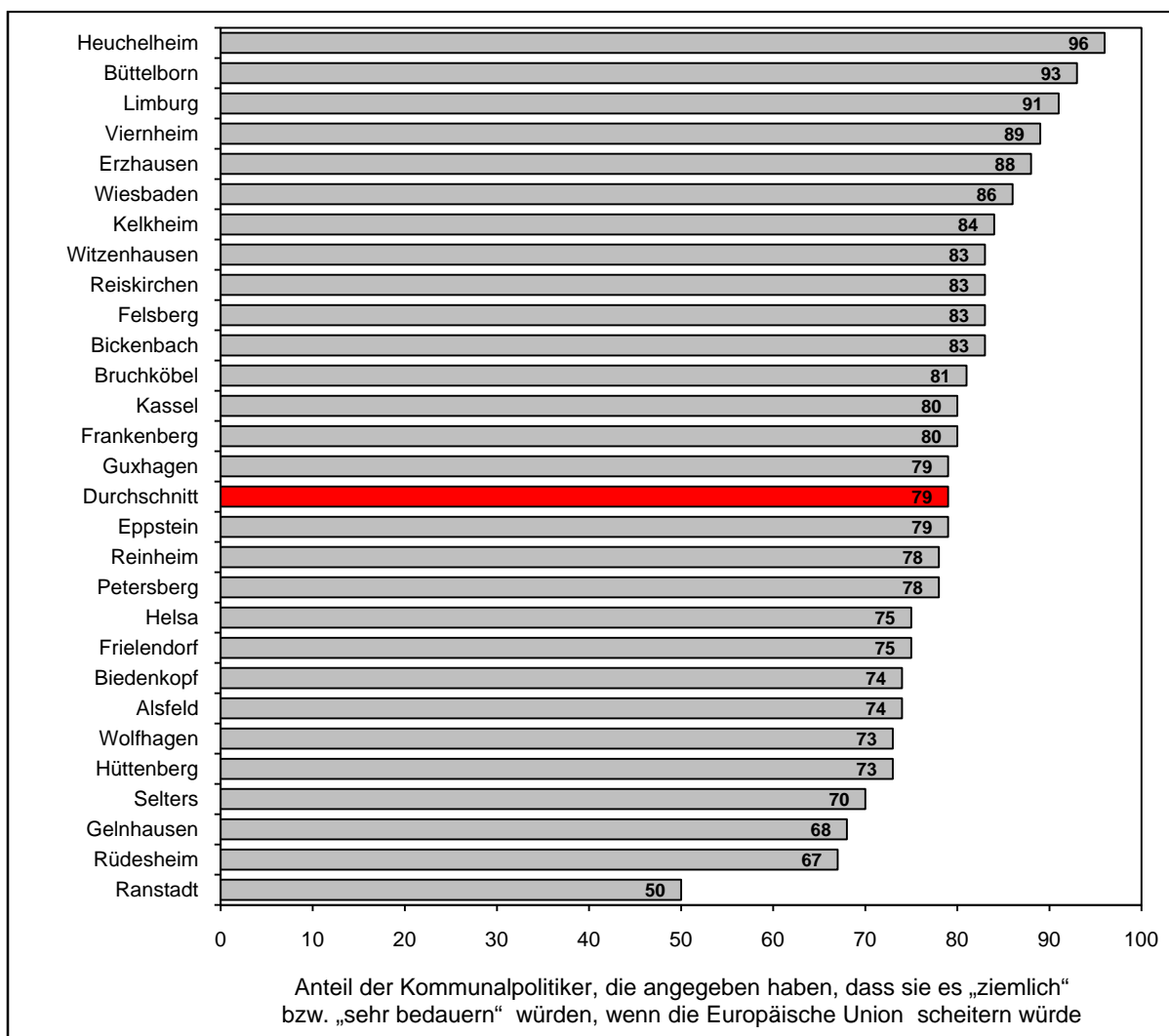
Tabelle 6: Bedauern, wenn die Europäische Union scheitern würde (Angaben in Prozent)

	absolute Häufigkeiten	in Prozent
überhaupt nicht bedauern	27	3,8
wenig bedauern	117	16,3
ziemlich bedauern	184	25,6
sehr bedauern	388	53,9
weiß nicht	4	0,6

Lediglich eine Minderheit von 3,8 Prozent der Befragten würde ein Scheitern der Europäischen Union überhaupt nicht bedauern. Dagegen liegt der Anteil der Mandatsträger, die ein Scheitern „sehr bedauern“ würden, bei knapp 54 Prozent.

Abbildung 5 zeigt die Anteile für die einzelnen Gemeinden. In nahezu allen Kommunen bedauert eine Zwei-Drittel-Mehrheit ein mögliches Scheitern der EU, in 20 Gemeinden ist es eine Drei-Viertel-Mehrheit, und in drei Kommunen sind es über 90 Prozent der befragten Kommunalpolitiker. Ein „Ausreißer“ in dieser Verteilung stellt die Gemeinde Ranstadt dar. Dort liegt der entsprechende Anteil bei 50 Prozent.

Zwischen der Einwohnerzahl und dem Bedauern eines möglichen Scheiterns der Europäischen Union findet sich ein positiver Zusammenhang. Je größer die Gemeinde, desto eher wird ein mögliches Scheitern bedauert. Dabei ist diese Beziehung bei einer ausschließlichen Betrachtung der Gemeinden bis 35.000 Einwohner stärker ausgeprägt ($r=+0,32$) als bei der Berücksichtigung über alle Kommunen ($r=+0,18$).

Abbildung 5: Bedauern, falls die Europäische Union scheitern würde (Anteile in Prozent)

Zustimmung zur weiteren Europäischen Einigung

Der Vertrag von Lissabon stellt die Weichen für eine weitere Integration. Wie beurteilen die Kommunalpolitiker diesen Prozess? Bei der Erhebung wurden die Mandatsträger gefragt, ob die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden sollte oder sie schon zu weit gegangen ist. Dabei konnten die Politiker eine Zahl zwischen 0 („Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen“) und 10 („Die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden“) wählen. Mit den Zahlen dazwischen konnten sie ihre Meinung abstufen.

Wie Tabelle 7 zeigt, sprechen sich knapp 25 Prozent der befragten Kommunalpolitiker eindeutig für eine weitere europäische Einigung aus. Der Anteil der Befragten, denen die europäische Einigung zu weit gegangen ist, liegt bei sechs Prozent. Der Gesamtmittelwert von 6,4 lässt eine wohlwollende Akzeptanz für eine weitere europäische Einigung erkennen. Für diese Interpretation spricht auch der geringe Anteil an Befragten, die sich auf der „negativen“ Seite der Skala (Wertebereich unter 5) verorten.

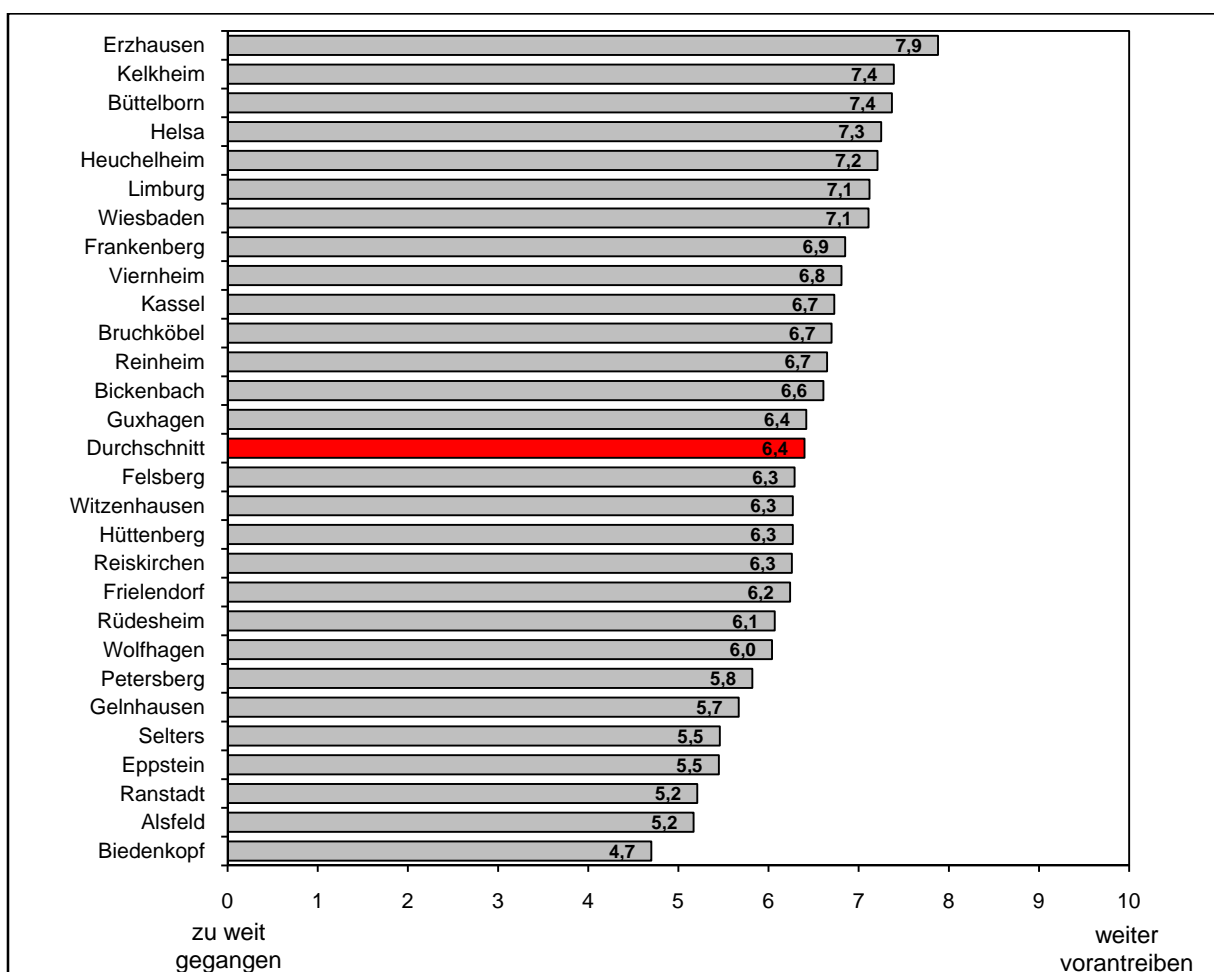
Tabelle 7: Zustimmung zur weiteren Europäischen Einigung (Angaben in Prozent)

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	w.n.
	6,0	1,7	5,1	5,7	5,7	13,1	9,3	11,5	11,4	5,1	24,6	0,8

Anmerkungen: 0 = „Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen“, 10 = „Die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden“. Mit den Zahlen dazwischen konnten die Befragten ihre Meinung abstufen. w.n. = „weiß nicht“. Fallzahl: 720.

Aus Abbildung 6 ist zu entnehmen, dass die Zustimmung zur weiteren europäischen Einigung erheblich zwischen den Gemeinden variiert. Mit einem Mittelwert von 7,9 fällt die Zustimmung in Erzhausen am größten aus; mit 4,7 liegt der Durchschnitt in Biedenkopf dagegen im unteren Bereich der Skala.

Über alle 28 Gemeinden liegt der Mittelwert bei 6,4. In 13 Kommunen liegt die durchschnittliche Zustimmung über diesem Wert, in 14 Gemeinden darunter. Guxhagen entspricht dem Gesamtdurchschnitt. Dabei lässt sich feststellen, dass zwischen Gemeindegröße und Zustimmung zur weiteren Integration ein positiver Zusammenhang besteht. Über alle Gemeinden liegt er bei $r=+0,22$, bei einer Betrachtung der Gemeinden bis 35.000 Einwohner bei $r=+0,18$.

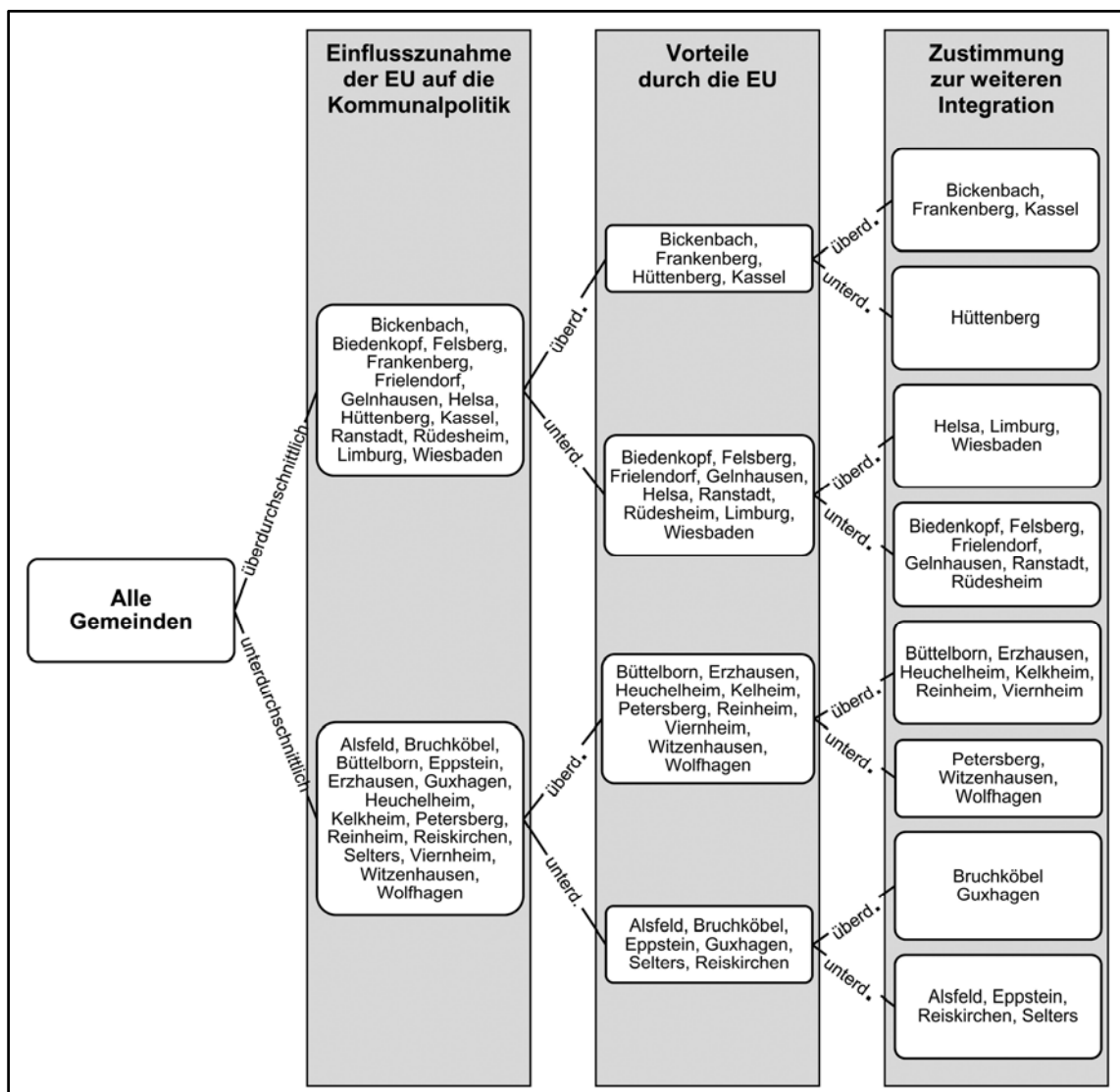
Abbildung 6: Zustimmung zur weiteren europäischen Einigung (Mittelwerte)

Kombination ausgewählter Resultate

Die Antworten auf die verschiedenen Fragen wurden bisher isoliert betrachtet. Die Kombination verschiedener Fragen bietet eine Möglichkeit, ein umfassenderes Bild für die Wahrnehmung und Bewertung der EU auf lokaler Ebene zu erhalten. Für diese Betrachtung werden drei Fragen ausgewählt: Die Einflusszunahme der EU auf die Kommunalpolitik, die Vorteile durch die EU und die Zustimmung zur weiteren Integration. Nach jeder Frage werden die Gemeinden in Abhängigkeit der Zustimmung (über- versus unterdurchschnittlich) aufgeteilt.

Dabei ist aus Abbildung 7 zunächst einmal unmittelbar zu entnehmen, dass in Bickenbach, Frankenberg und Kassel die Einflusszunahme der EU auf die Kommunalpolitik, die Vorteile für die Gemeinde und die Zustimmung zur weiteren Integration jeweils überdurchschnittlich bewertet wird. Dagegen werden in Alsfeld, Eppstein, Reiskirchen und Selters diese Aspekte durchweg unterdurchschnittlich bewertet.

Abbildung 7: Kombination ausgewählter Resultate



Nach der ersten Frage (Einflusszunahme) lassen sich die Gemeinden in etwa zwei gleichgroße Gruppen aufteilen. Mit der zweiten Frage ergibt sich eine interessante Differenzierung. Eine überdurchschnittliche Beurteilung der Einflusszunahme geht eher mit einer unterdurchschnittlichen Bewertung der Vorteile durch die EU einher. Dagegen findet sich in der unteren Hälfte der Abbildung das gegenläufige Muster. Mit anderen Worten: 13 Gemeinden sehen zwar eine überdurchschnittliche Einflusszunahme, aber nur in vier Kommunen werden die Vorteile überdurchschnittlich bewertet. Bei der Gemeindegruppe, die die Einflusszunahme unterdurchschnittlich bewertet, werden in neun von 15 Fällen die Vorteile überdurchschnittlich beurteilt.

In Abhängigkeit der Bewertung der Vorteile fällt auch die Zustimmung zur weiteren Integration aus. Eine überdurchschnittliche Bewertung der Vorteile geht eher mit einer überdurchschnittlichen Zustimmung zur weiteren Integration einher.

Fazit

Der Kurzbericht zur Kommunalpolitikerbefragung im Rahmen des Projekts „Europa im Kontext“ bietet erste Informationen, wie Kommunalpolitiker in 28 hessischen Kommunen die Europäische Integration wahrnehmen und bewerten. Dabei stellen knapp 50 Prozent der Befragten eine Zunahme des Einflusses der EU auf den politischen Gestaltungsspielraum vor Ort fest. Knapp 20 Prozent bewerten diesen Einfluss als „groß“ bzw. „sehr groß“. 36 Prozent der Kommunalpolitiker sehen für ihre Gemeinde durch die Europäische Union mehr „Vorteile als Nachteile“ bzw. „nur Vorteile“. Bei etwa 15 Prozent überwiegen die Nachteile. Die Mehrheit der Kommunalpolitiker ist mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union nicht zufrieden. Ein Scheitern der Europäischen Union würden allerdings knapp 80 Prozent der Befragten „ziemlich“ bzw. „sehr bedauern“. Auch befürwortet die Mehrheit der Kommunalpolitiker die weitere Europäischen Einigung.

Ein wesentliches Resultat der Kommunalpolitikererhebung sind die teilweise großen Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung der EU zwischen Gemeinden. Dabei lassen sich teilweise Beziehungen zwischen der Stadtgröße und der Wahrnehmung bzw. Bewertung der EU nachweisen. Allerdings sind diese Relationen nicht sonderlich ausgeprägt. Dies weist darauf hin, dass noch weitere Faktoren eine Rolle für die Unterschiede zwischen Gemeinden spielen. Weiteren Analysen ist es vorbehalten, diese Faktoren zu identifizieren.